

Ä1 zu C10: Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung

Antragsteller*innen KV Jena

Begründung

Warum sollte die Besondere Leistungsfeststellung abgeschafft werden?

- Vereinheitlichung der Abschlüsse mit anderen Bundesländern
- keinen Alleinweg von Thüringen und Sachsen
- in anderen Bundesländern ist das Versetzungszeugnis ausreichend, um von der 10. in die 11. Klasse versetzt zu werden und die „Mittlere Reife“ zu erhalten
- Thüringen kann sich daran orientieren —> würde zur Vereinheitlichung des Bildungssystem bundesweit beitragen
- Versetzung per Versetzungszeugnis würde Schüler:innen viel Stress, Panik und Verzweiflung ersparen, was zudem ihrer psychischen Gesundheit zugute kommt sowie dem eigentlichen Grund für die Einführung der BLF nachkommt: Den Schüler:innen einen festen Abschluss als Sicherheit zu geben, falls das Abitur scheitert
- Beim Nicht-Bestehen der BLF wird das Schuljahr wiederholt —> kann zu negativen Auswirkungen auf Psyche, Motivation führen

Ä2 zu C10: Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung

Antragsteller*innen KV Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Wir fordern die Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung (BLF) in Thüringen. ~~Als~~
~~Realabschluss~~ Für an Gymnasien erworbene Realschulabschlüsse soll in Zukunft das
Versetzungszugzeugnis der 10. Klasse nach Vorbild anderer Bundesländer ausreichen.

Begründung

Lediglich Klarstellung/Präzisierung

Ä1 zu C11NEU: Thüringer Schulcloud verbessern

Antragsteller*innen KV Erfurt

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

die Umstrukturierung der TSC zu einer intuitiv nutzbaren und einfacheren Website soll angestrebt werden.

Hierzu fordern wir ebenfalls die Einstellung und/oder (Fort-)Schulung einer ausgewiesenen Person an jeder Schule, um den Umgang mit der Schulcloud im Betrieb und Wartung der Inhalte zu sichern und ggfs bei Problemen eine schnelle, kompetente Ansprechperson zur Verfügung zu stellen.

Ä1 zu C12: Einführung eines Ausbildungstickets

Antragsteller*innen Jusos Gera

Antragstext

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:

sind diese Zugänge für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben essentiell. Wir fordern daher, dass allen Schüler:innen, Auszubildenden, Freiwilligen und Studierenden in Thüringen der kostenfreie Zugang zu Mobilität und Kultur ermöglicht wird.

Ä1 zu C17: Bildung für dieses Jahrhundert — Tablets an Schulen

Antragsteller*innen KV Jena

Antragstext

Von Zeile 16 bis 19:

können Erziehungsberechtigte nicht eigenständig Tablets erwerben, dies geschieht im ~~Klassenstufenverbund. Die Tablets sind beim Freistaat Thüringen versichert. Die Finanzierung dieser soll einkommensabhängig von Erziehungsberechtigten geschehen.~~ Schulverbund . Die Tablets sind beim Freistaat Thüringen versichert.

Ä2 zu C17: Bildung für dieses Jahrhundert — Tablets an Schulen

Antragsteller*innen Jusos Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Die Finanzierung dieser soll einkommensabhängig von Erziehungsberechtigten
geschehen.

Die Konfiguration und Administration sollte nicht ehrenamtlich von den Lehrer:innen
gestemmt werden müssen.

Ä1 zu C19NEU: Corona und wie weiter? Keine Rückkehr zum „Business as usual“!

Antragsteller*innen KV Jena

Antragstext

Von Zeile 24 bis 25:

- das weitere Anbieten von Teilen der Veranstaltungen im ~~Hybrid-oder-Online-~~
~~Format~~Hybridformat.

Ä2 zu C19NEU: Corona und wie weiter? Keine Rückkehr zum „Business as usual“!

Antragsteller*innen KV Kyffhäuserkreis

Antragstext

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

- das weitere Anbieten von Teilen der Veranstaltungen im Hybrid- oder Online-Format und eine Pflicht zur Begründung, wenn Veranstaltungen von Lehrenden nicht hybrid angeboten werden.

Ä1 zu D2NEU: Mehr Demokratie-Werte an Schulen

Antragsteller*innen Jusos Südthüringen

Antragstext

Von Zeile 4 bis 8:

Anfänge, die Verbrechen und die Folgen des Nationalsozialismus zu lernen und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. ~~Daran anknüpfend sollen die Schüler:innen zum anderen verpflichtend an einer Exkursion zu einer KZ-Gedenkstätte teilnehmen, um sich anhand realer Orte die Ausmaße der Grausamkeiten zu vergegenwärtigen und an die Lehren aus dieser Zeit zu erinnern.~~ Daran anknüpfend soll allen Schüler:innen der Besuch einer KZ-Gedenkstätte im Rahmen des Schulunterrichts ermöglicht werden. Dazu sind die Kosten ohne Eigenanteil vom Land zu tragen.

Begründung

Der Besuch einer Gedenkstätte garantiert leider nicht, dass die Grausamkeiten des Nationalsozialismus für die Schüler:innen greifbar werden und die beabsichtigten Schlüsse gezogen werden. Es muss auch zukünftig gewährleistet sein, dass die Entscheidung für einen Gedenkstättenbesuch von der jeweiligen Lehrkraft getroffen wird, um diese nicht zum Pflichtprogramm, sondern zur sinnvollen Ergänzung eines an die jeweilige Klasse angepassten Unterrichtskonzepts zu machen. Dazu müssen finanzielle Hemmnisse vollständig beseitigt werden, indem die Kosten für eine Gedenkstättenfahrt (Anreise, Kosten für Führungen, Ausleihe von Multimedia-Guides etc.) vollständig vom Land übernommen werden.

Ä2 zu D2NEU: Mehr Demokratie-Werte an Schulen

Antragsteller*innen Jusos Südthüringen

Antragstext

Nach Zeile 15 einfügen:

Demokratie darf kein theoretischer Begriff im Sozialkundeunterricht bleiben, sondern muss an den Schulen auch praktisch umgesetzt werden. Die in §28 des Thüringer Schulgesetzes garantierte Mitwirkung der Schüler:innen muss in Form von Klassenrat und Schüler:innenversammlung einen festen Platz im Schulalltag bekommen, um demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar zu machen.

Begründung

Es bringt wenig im Sozialkundeunterricht etwas über Demokratie oder den Umgang mit Rassismus zu lernen, wenn das Thema nach der Klassenarbeit wieder vergessen wird. Selbst bei Projekten bleibt langfristig wenig hängen. Demokratische Werte kann nur durch das Leben selbiger gefördert werden: Entscheidungen im Klassenrat treffen; Sexismus thematisieren und gemeinsam bekämpfen; zusammen Strategien gegen Mobbing entwickeln. Dazu bietet das Schulgesetz bereits einen Rahmen, der in den Schulen jedoch kaum genutzt wird.

Ä1 zu E1: Putin die Grenzen aufzeigen!

Antragsteller*innen

KV Ilm-Kreis

Antragstext

In Zeile 18 einfügen:

- Die russischen Streitkräfte begehen mutmaßlich Kriegsverbrechen.

Begründung

Zur Klarstellung: Wir wollen keine Kriegsverbrechen relativieren. Und die Bilder, die wir gesehen haben sind unerträglich. Aber wir wünschen uns als Jusos eine Debatte über die Frage: Ist es an uns als politische Jugendorganisation, so etwas festzustellen oder sollten wir diese Feststellung nicht vielmehr Gerichten überlassen? Somit unser Vorschlag, den auch in seriöser Berichterstattung gewählten Begriff "mutmaßlich" zu verwenden. Wir führen über diese heikle wie auch wichtige Frage gerne eine offene Diskussion.

Ä2 zu E1: Putin die Grenzen aufzeigen!

Antragsteller*innen

KV Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 85 bis 91:

- ~~die prekäre sicherheitspolitische Lage von russischen Nachbarstaaten nicht weiter zu ignorieren und Staaten, die in Gefahr sind, russische Gewalt aufgezwungen zu bekommen, wehrfähig zu machen. Das beinhaltet militärische Kooperationen in allen konventionellen Dimensionen der Kriegsführung, außer der direkten Beteiligung von Bündnisstreitkräften an Kampfeinsätzen.~~
- die prekäre sicherheitspolitische Lage von russischen Nachbarstaaten ernst zu nehmen und die Freiheit für Staaten zu garantieren, ihre Bündnisse selbst zu wählen zu können. Wir dürfen nicht mehr aus vermeintlicher Rücksicht auf

Begründung

Beim Bündnisbeitritt wird (zu Recht) auf die in Bündnisverträgen festgelegten Verfahren und die Bündnisstabilität verwiesen. Die Forderung, Länder wehrfähig zu machen (Waffen, Ausrüstung, Ausbildung), die "in Gefahr sind, russische Gewalt aufgezwungen zu bekommen" ist uns zu pauschal (und die Definition dieser Länder ist ja auch kaum möglich, wie die vorstehende Formulierung des Ursprungsantrags ja bereits aufzeigt). Welchen Ländern in welchem Fall welches Material ggf. zur Verfügung gestellt werden sollte ist eine auf mehreren Ebenen komplexe und heikle Frage, und sollte unserer Meinung nach nicht in dieser Pauschalität und in diesem Umfang gefordert werden.

Ä1 zu F2: Feministisches Schutzkonzept

Antragsteller*innen KV Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 12 bis 13:

Des Weiteren ~~müssen~~sollen die Veranstaltenden eine Räumlichkeit auswählen, die als Rückzugsort im Falle eines Übergriffs oder einer Belästigung genutzt werden

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Mitarbeitende des Servicepersonals und den Veranstaltenden im Umgang mit sexueller Belästigung und Übergriffen enthalten. Es ist mindestens eine hauptverantwortliche Person zu benennen und zu schulen.

Begründung

Die Regelung sollte nicht zu streng formuliert werden, da es Räumlichkeiten und Veranstaltungen gibt, bei denen es nicht (einfach) möglich ist dies umzusetzen. Daher ist das "soll" besser, da dies einen Zwang schafft, sofern die Möglichkeiten es zulassen.

Neben der Schulung des Personals sollte es auch "Hauptverantwortliche" geben. Nicht alle Mitarbeitenden sind oder können im gewünschten vollen Umfang geschult werden, auch weil nicht alle gleich viel Publikumskontakt haben. Die Hauptverantwortlichen können somit Hilfestellungen bieten.

Ä1 zu F4: FINTA* Plenum

Antragsteller*innen KV Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 2 bis 5:

1. in der Vorbereitung und Planung einer LaKo ~~mindestens 90 Minuten für~~ eine angemessene Zeitspanne für ein Finta* Plenum vorgesehen werden ~~müssen~~muss.
2. das planende Gremium ~~soll~~ sich dafür einsetzen soll, dass die vorgesehene Zeit dafür genutzt wird.

Begründung

Wir begrüßen, dass es als regulärer Punkt auf die Tagesordnung kommt (wie ja dieses Jahr auch vorgesehen). Lassen wir aber den Freiraum, dies auch in künftigen Jahren am Bedarf auszurichten. Schreiben wir das nicht auf Jahre mit starren Zeitangaben fest.

Ä3 zu F5: Grundsätzlich queer-feministisch!

Antragsteller*innen Jusos Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 10 bis 13:

- ~~Zusätzlich führen wir Jusos Thüringen eine Quote ein, die besagt, dass alle männlich gelesenen Teilnehmenden der Jusos Thüringen an allen Veranstaltungen der Jusos und der SPD mindestens einen feministischen Workshop belegen müssen.~~
- Alle Mitglieder der Jusos Thüringen (insbesondere die männlich gelesenen), sollen an mindestens einem Queer-Feministischen Workshop teilnehmen

Begründung

Dieser ÄA ist als Kompromissvorschlag zu ÄA1 zu verstehen. Dieser Vorschlag versucht die organisatorischen Hürden, für die Organisator:innen, immer einen Queer-Feministischen Workshop anzubieten zu reduzieren. Gleichzeitig soll niemand (wiederholt) an Workshops teilnehmen müssen, welche parallel zu Workshops liegen die näher an den eigenen Interessenschwerpunkten liegen.

Unbenommen davon sehen wir es auch als sehr notwendig an Queer-feministische Bildungsinhalte in der Breite bei allen Jusos ankommen. Insbesondere (aber nicht nur) Neumitglieder haben häufiger mit diesen Inhalten vor ihrer Jusos-Mitgliedschaft keine Berührungspunkte mit den Themen. Somit kann dafür gesorgt werden, dass im Sinne des Originalen Antrages, Diskussionen, Selbstbezeichnungen und Umgangsformen, nicht immer wieder zur Disposition gestellt werden bzw. von vorne erklärt werden müssen.

Ä2 zu F6: Unisextoiletten — Für mehr Gerechtigkeit auf dem stillen Örtchen.

Antragsteller*innen KV Nordhausen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Wir fordern, in der Thüringer Bauordnung und allgemeine in der zukünftigen Stadtplanung festzuschreiben, dass in künftigen Neubauten und Renovierungen, mit mehr öffentlich zugänglichen Toiletten, der Großteil dieser Unisex sein müssen. Sanitärräume für mehrere Personen sind so zu

Ä1 zu G3: Prüfung eines Capita-Systems in der Gesundheitsversorgung

Antragsteller*innen Jusos Gera

Titel

Ändern in:

Prüfung eines Capita-Systems in der Gesundheitsversorgung

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Die Jusos **Jena**Thüringen fordern, dass geprüft werden soll, ob das derzeitige Fallpauschalen-System zur Bezahlung von Beschäftigten in der Krankenversorgung

Ä1 zu I1NEU: Zeitenwende für deutsche Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – aber in die richtige Richtung

Antragsteller*innen Jusos Gotha

Antragstext

Von Zeile 95 bis 97:

Die Jusos Thüringen unterstützen ein einmaliges Sondervermögen für die Bundeswehr in ~~Höhe von 100 Milliarden Euro~~ rational begründeter Höhe, um grundlegende Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte beseitigen zu können, lehnen jedoch eine Aufnahme in das

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä2 zu I1NEU: Zeitenwende für deutsche Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – aber in die richtige Richtung

Antragsteller*innen Jusos Südthüringen

Antragstext

Nach Zeile 70 einfügen:

- Lockerung von bisher festen Beschaffungszyklen hin zu einer zeitnahen und damit bedarfsgerechten Ausstattung.

Ä4 zu N2NEU: Kompetenzaufbau Digitalisierung

Antragsteller*innen KV Jena

Antragstext

In Zeile 7:

- ~~Schul-Lehre auf~~ Im Rahmen der Schullehre werden OSS ~~umstellen~~ und herkömmliche Programme gleichwertig eingesetzt (z.B. Word, Powerpoint).

Ä1 zu V1: 9-€-Ticket als Schwung für die Verkehrswende nutzen: Nahverkehr fahrscheinlos gestalten, Klimaticket im Fernverkehr einführen und Ausbau- und Flexibilisierungsoffensive für den Öffentlichen Verkehr starten

Antragsteller*innen Jusos Jena

Antragstext

Von Zeile 16 bis 19 löschen:

~~Gleichzeitig werden alle anderen Tarifoptionen beendet, ein bundesweiter Verkehrsverbund gebildet und ein integrierter Taktfahrplan eingeführt. Mit einem einheitlichen analogen und digitalen Informationsangebot gehören Verbünderchaos und Tarifunsicherheit der Vergangenheit an.~~

Ä1 zu V3NEU: Verkehrspolitik - mehr ÖPNV auf dem Land!

Antragsteller*innen Jusos Ilm-Kreis

Antragstext

Von Zeile 19 bis 22:

2. wir wollen vielmehr eine Erhöhung des Angebotes durch Leistungen und Infrastruktur erreichen. Wir sind für einen konsequenten Ausbau der Eisenbahninfrastruktur. Inaktive/zurückgebaute ~~Bahnstrecken~~Anlagen wollen wir ~~konsequent~~bedarfsgerecht reaktivieren, in defizitären Lagen auch mit Unterstützung des Bundeshaushalts.

Begründung

Der Begriff „Eisenbahninfrastruktur“ umfasst nicht nur reine Schienenwege, sondern auch sonstige Bahnanlagen, wie Gebäude, Betriebsleit- und Sicherheitssysteme usw. Weiterhin ist eine Reaktivierung nur dann sinnvoll, wenn der jeweilige Bedarf besteht.